



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ
DONNERSTAG, 5. FEBRUAR 2004
EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Sie zu dieser Pressekonferenz. Der Vize-Präsident und ich möchten Ihnen nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats berichten.

Auf der Basis unserer Analyse der wirtschaftlichen und monetären Entwicklung sind wir zu der Auffassung gelangt, dass es keine fundamentalen Veränderungen der mittelfristigen Aussichten für die Preisstabilität gibt. Der gegenwärtige geldpolitische Kurs ist daher nach wie vor angemessen, und wir haben die EZB-Leitzinsen unverändert auf ihrem niedrigen Stand belassen. Die Inflationsrisiken dürften durch die etwas günstigere Importpreisentwicklung in Grenzen gehalten werden, während sich die wirtschaftliche Erholung im Euro-Währungsgebiet unseren Erwartungen entsprechend fortsetzen dürfte. Wir werden alle Entwicklungen, die unsere Einschätzung der Risiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht beeinflussen könnten, weiter sorgfältig beobachten. Hinsichtlich der Wechselkurse unterstreichen wir nochmals insbesondere die Bedeutung der Stabilität und bleiben besorgt über allzu starke Wechselkursbewegungen.

Lassen Sie mich nun unseren Beschluss näher erläutern.

Was zunächst die wirtschaftlichen Analyse betrifft, so stehen die neuesten Daten zur Produktion im Eurogebiet sowie die Ergebnisse der Umfragen zum Unternehmensvertrauen nach wie vor im Einklang mit dem anhaltenden Wachstum zur Jahreswende.

Betrachtet man die nähere Zukunft, so dürfte sich das außenwirtschaftliche Umfeld auch weiterhin günstig entwickeln. Insbesondere ist davon auszugehen, dass ein stabiles reales BIP-Wachstum in den Volkswirtschaften unserer wichtigsten Handelspartner die Auslandsnachfrage nach Waren und

Dienstleistungen des Eurogebiets stützt, wenngleich das Exportwachstum durch die gesunkene preisliche Wettbewerbsfähigkeit etwas gedämpft werden könnte.

Die Voraussetzungen für eine Verbesserung der inländischen Nachfrage sind ebenfalls günstig. Die Investitionstätigkeit dürfte nicht nur von der globalen Nachfrageentwicklung, sondern auch von den Anstrengungen der Unternehmen zur Steigerung ihrer Produktivität und Ertragskraft, den niedrigen Zinsen und den allgemein günstigen Finanzierungsbedingungen profitieren. Das Wachstum des privaten Verbrauchs, das bislang relativ verhalten gewesen ist, wird sich vermutlich ebenfalls im Einklang mit der Zunahme der verfügbaren Realeinkommen erholen. Diese Einschätzung spiegelt sich in allen verfügbaren Prognosen öffentlicher und privater Institutionen wider und scheint auch durch die Entwicklung an den Finanzmärkten bestätigt zu werden.

Im Hinblick auf die Risiken, mit denen diese Aussichten behaftet sind, sind keine neuen Faktoren in Betracht zu ziehen. Auf kürzere Sicht bleiben die Risiken ausgewogen. Längerfristig gesehen ergeben sich Unsicherheiten aus den anhaltenden Ungleichgewichten in einigen Regionen der Welt und ihren potenziellen Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit des weltwirtschaftlichen Wachstums. Dies macht eine dauerhaft tragfähige Wirtschaftspolitik sowie strukturelle Reformen erforderlich, die einem stabilen Gleichgewicht zwischen Ersparnisbildung und Investitionen in allen wichtigen Partnerländern förderlich sind, das Produktionspotenzial im Euro-Währungsgebiet erhöhen und eine weitere Zunahme des weltweiten Handels mit Waren und Dienstleistungen begünstigen.

Was die Preisentwicklung betrifft, so war im Dezember ein Rückgang der Teuerungsrate nach dem HVPI auf 2,0 % zu verzeichnen. Dies entspricht auch der Schätzung von Eurostat für Januar. Im Jahresverlauf dürften die Inflationsraten unter 2 % sinken und in der Folgezeit mit Preisstabilität vereinbar bleiben. Zwar sind die auf Dollar lautenden weltweiten Rohstoffpreise in den vergangenen Monaten gestiegen, doch werden die Auswirkungen dieses Anstiegs auf die inländischen Preise durch die zurückliegende Euro-Aufwertung gedämpft. Wir gehen zudem weiter davon aus, dass sich die Löhne angesichts der hohen Arbeitslosenquoten und einer allmählichen Konjunkturerholung moderat entwickeln werden. Die jüngsten Angaben zu den Arbeitskosten scheinen die Einschätzung einer Abflachung der Lohnsteigerungen weitgehend zu bestätigen. Insgesamt hält sich der Preisauftrieb weiter in Grenzen, wie alle verfügbaren Prognosen belegen. Da Vorausanalysen immer auf einer Reihe von Annahmen beruhen, ist es natürlich wichtig, alle Risikofaktoren hinsichtlich der Aussichten für die Preisstabilität zu berücksichtigen und die Inflationserwartungen genau zu verfolgen.

Was die monetäre Analyse angeht, so hat sich die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 in den letzten Monaten weiter leicht verringert. Dies lässt sich durch die noch vorsichtigen Portfolioumschichtungen der Wirtschaftsakteure und die Auswirkungen des allgemein niedrigen Zinsniveaus auf das Wachstum der sehr liquiden Anlageformen erklären. Gleichzeitig spiegeln sich in dem Wachstum der Kredite an den privaten Sektor die Effekte sowohl der niedrigen Zinssätze als auch einer Aufhellung der Wirtschaftslage wider.

Das kräftige Geldmengenwachstum in den vergangenen Jahren bedeutet, dass im Eurogebiet bedeutend mehr Liquidität vorhanden ist als zur Finanzierung eines inflationsfreien Wirtschaftswachstums benötigt wird. Ob die aufgebaute Überschussliquidität auf mittlere Sicht zu inflationären Spannungen führen wird oder nicht hängt davon ab, inwieweit die in der Vergangenheit vorgenommenen Portfolioumschichtungen wieder rückgängig gemacht werden und wie kräftig das Wirtschaftswachstum künftig ausfallen wird. Sollte der Liquiditätsüberschuss weiter bestehen bleiben, könnte er auf mittlere Sicht einen Inflationsdruck erzeugen.

Insgesamt legt die wirtschaftliche Analyse nach wie vor nahe, dass das Hauptszenario für die Preisentwicklung auf mittlere Sicht mit Preisstabilität im Einklang steht. Auch die Gegenprüfung anhand der monetären Analyse ändert nichts an dieser Einschätzung.

Im Hinblick auf die Finanzpolitik gibt es mehrere wichtige Themen, die aufmerksam verfolgt werden müssen. Erstens sollte die Durchführung der Finanzpolitik mit den im letzten Jahr eingegangenen Verpflichtungen im Einklang stehen. In diesem Zusammenhang werden die neuen Stabilitätsprogramme der Mitgliedstaaten derzeit einer eingehenden Beurteilung unterzogen. Alle Beteiligten sind aufgefordert, ihrer jeweiligen Verantwortung gerecht zu werden und ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Gesunde öffentliche Finanzen tragen zu stabilen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei, die ihrerseits das Vertrauen stärken und Investitionen, Wachstum sowie die Beschäftigung im Euro-Währungsgebiet fördern.

Was den Stabilitäts- und Wachstumspakt betrifft, so teilt der EZB-Rat die Bedenken der Europäischen Kommission hinsichtlich der Schlussfolgerungen des Ecofin-Rats im November letzten Jahres. Die Kommission ist die Hüterin des Vertrags und die EZB respektiert ihre Entscheidung, Rechtsklarheit zu schaffen. Darüber hinaus sehen wir keine Notwendigkeit, den Vertrag zu ändern, und halten den Stabilität- und Wachstumspakt in seiner derzeitigen Form für angemessen. Wir stimmen mit der Kommission darin überein, dass die Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts weiter verbessert werden könnte, vor allem mit Blick auf die Analyse von strukturellen Ungleichgewichten und die Verstärkung der Anreize für eine solide Finanzpolitik in

wirtschaftlich günstigen Zeiten. Klarheit und Durchsetzbarkeit des finanzpolitischen Rahmens sollten verbessert werden.

Stabile gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen sind notwendig, um unser Potenzialwachstum zu erhöhen, reichen aber alleine nicht aus. Eine Erhöhung der Beschäftigung, Förderung der Arbeitsproduktivität und optimale Nutzung des technologischen und wissenschaftlichen Fortschritts im Kontext einer alternden Bevölkerung setzen allesamt Strukturreformen voraus - auf dem Gebiet der Finanzpolitik wie auch an den Finanz-, Güter- und Arbeitsmärkten. Die Strategie von Lissabon liefert einen angemessenen Leitfaden für den Fortschritt. Die Verantwortlichkeit für ihre Umsetzung liegt allerdings bei den Regierungen, Parlamenten und Sozialpartnern. Der EZB-Rat unterstützt mit Nachdruck die in einigen Ländern unternommenen Bemühungen, die Strukturreformen voranzutreiben. Gleichzeitig teilen wir uneingeschränkt die Auffassung, dass dazu zusätzliche, nachhaltige Anstrengungen erforderlich sind, wie kürzlich von der Europäischen Kommission in ihrem Fortschrittsbericht über die Umsetzung der Strategie von Lissabon und die Prioritäten für 2004 erneut bekräftigt wurde. Es ist eine große Herausforderung, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass mit Blick auf das Wachstum, mehr und bessere Arbeitsplätze sowie höhere Einkommen jeder einzelne davon profitieren würde, wenn die benötigten Reformen tatsächlich durchgeführt würden.

Erlauben Sie mir, abschließend noch eine kurze Bemerkung zu den Veröffentlichungen der EZB zu machen. Wie Sie vielleicht bereits festgestellt haben, ist der Monatsbericht der EZB in einer Reihe von Punkten – vom Design, von der Struktur und von der allgemeinen Aufmachung – verbessert worden. Die ausführliche Berichterstattung über alle wirtschaftlichen und monetären Aspekte, die für die Geldpolitik von Bedeutung sind, ist natürlich, zusammen mit den statistischen Informationen, beibehalten worden. Wir sind indes der Überzeugung, dass die Presse, die Finanzmarktteilnehmer und die politischen Entscheidungsträger sowie Akademiker und Studenten und all die Personen in der breiten Öffentlichkeit, die an den wirtschafts- und geldpolitischen Belangen in Europa interessiert sind, nun einen leichteren Zugang zu dem Bericht finden werden.

Wir sind nun gern bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

<p>Europäische Zentralbank Abteilung Presse und Information Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404 Internet: http://www.ecb.int Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.</p>
--